damals. Kaum aber ist der Friede geschlossen, da wiederholt sich unter dem Zwang der Dinge derselbe Vorgang in noch krasserer Form insofern als das Zentrum im Gegensatz zu 1925 nicht nur durch einen Vertrauensmann sondern parteiamtlich an die Rechte gebunden ist. Dr. Wirth aber ist der Mann der als Kanzler das fürchterliche Wort sprach: „Der Feind steht rechts!" Und er hat sich in der Zwischenzeit noch mehr auf diese klassenkämpferische Linie festgelegt durch die Gründung der „Republikanischen Union" in der er im Verein mit Löbe und Haas einen Schutzwall gegen die Wiederkehr der Rechtsparteien zur politischen Macht zu bauen hoffte. Mit all seiner Tatkraft hat er während der letzten Monate an diesem Ziel gearbeitet und sieht heute alle Pläne und Herzenswünsche zusammenbrechen. Verstiegen in diese fanatische Ideologie mit Haut und Haaren der „Republikanischen Union" verschrieben — das heißt parteimäßig der Weimarer Koalition mit der Linken —, hat er es nicht über sich gebracht, den Weg zum Mandatchen ernsthaft wieder zu suchen; er hat in dem zweifellos schweren Gewissenskampf, den er in diesen Tagen durchmachen hatte, die Idee des Zentrums der Idee der „Republikanischen Union" geopfert.

Zweifellos war damit eine Lage geschaffen, in der das Zentrum als Partei oder der Abtrünnige selbst letzte Folgerungen ziehen mußten. Beide aber sind davor zurückgeschreckt. Der Parteiausschuß, von dem man eine Art Scherbengericht über Dr. Wirth erwartete, hat, wenn man den Berichten über die geheimen Beratungen glauben darf, nach einer Rechtfertigungsrede Dr. Wirths und nach Gegenerklärungen von Dr. Marx den ganzen Fall nicht weiter amtlich behandelt. Und auch Dr. Wirth hat die Mißtrauenserklärung seiner Fraktion hinnehmen, ohne, wie 1925, mit seinem Austritt zu antworten; er hat die Möglichkeit, seine Ziele außerhalb des Zentrums zu verfolgen, nicht wieder aufgegriffen. Da dieses beiderseitige Ausweichen überhaupt keine Lösung ist, muß man annehmen, daß stillschweigend eine Vereinbarung getroffen worden ist, die den Konflikt wenigstens für den Augenblick beilegt. Nach allem, was durchgesickert ist, scheint tatsächlich eine Art Modus vivendi geschaffen worden zu sein in der Form, daß die Partei weitere offizielle Maßnahmen unterläßt, während Dr. Wirth seinerseits auf jeden Sprengungsversuch verzichtet und auch sonst mit seinen Aktionen zurückhält. Was ihn aber wahrscheinlich nicht hindern wird, bei der nächsten Gelegenheit wieder gegen die Regierung zu stimmen.

Die Gründe, die zu dieser recht unsicheren Zwischenlösung geführt haben, sind unschwer zu erkennen. Die Partei fürchtet nach wie vor Dr. Wirth und seine Seitensprünge wegen der Popularität, deren er sich zweifellos in den am weitesten links gerichteten Wählermassen erfreut; sie braucht ihn andererseits als lebendige Brücke zur Sozialdemokratie für den Fall, daß es wieder einmal anders kommen sollte. Dr. Wirth anderseits ist zu klug, als daß er nicht einsähe, daß er nur durch das Zentrum und im Zentrum werden konnte, was er geworden ist. Seine Bedeutung als Repräsentant der äußersten Linken in dieser Partei, die seiner Person so viel Gewicht gibt, ist verloren in dem Augenblick, in dem er sich außerhalb der Zentrumspartei stellt. In der Partei eine Macht, ist er außerhalb nur einer von vielen. Solche Ueberlegungen auf beiden Seiten mögen zu dem offenbar erreichten Ausgleich im „Fall Wirth" geführt haben. Ob er tragfähig ist, vor allem im Hinblick auf die jetzt in Angriff genommene praktische Zusammenarbeit des Zentrums mit den rechtsstehenden Koalitionsparteien, muß die Zukunft zeigen. Alle Lehren der Vergangenheit sprechen dafür, daß die Zentrumspartei noch mehr Erfahrungen mit diesem ihrem Sorgenkinde wird machen müssen.

Coolidges weitere Abrüstungspläne.

Dreimächte-Konferenz als letzter Ausweg?

Washington, 14. Februar. Die aus Paris und Rom kommenden Berichte über die geringe Geneigtheit der dortigen Kabinette, auf Coolidges neuen Abrüstungsplan aktiv einzugehen, hat in Washington merklich verstimmt. Man sieht es aber in den unterrichteten Washingtoner Kreisen als ziemlich sicher an, daß Coolidge einen Alternativvorschlag in Bereitschaft hält für den Fall, daß Frankreich und Italien in ihrer ablehnenden Haltung verharren. Präsident Coolidge würde dann an die Stelle einer allgemeinen eine Dreimächte-Konferenz, Amerika, England und Japan vorschlagen, die voraussichtlich in Washington stattfinden und sich ausschließlich auf die Marinerüstungen beschränken würde. Sowohl England als Japan sollen ihre Mitarbeit zugesichert haben.

Starke englische Vorbehalte.

London, 14. Februar. Bei der Prüfung der Abrüstungsvorschläge Coolidges werden auch in der englischen Presse starke Vorbehalte gemacht. Der Hauptpunkt ist dabei die Frage der Kreuzer, von denen nach Meinung der Londoner Presse der Schutz der englischen Seehandelswege abhängt. Deshalb, so führt der Flottensachverständige des „Observer" aus, sei nach Ansicht der englischen Admiralität eine Kreuzereinschränkung nur dann möglich, wenn gleichzeitig der U-Boot-Bau verringert würde. Im Augenblick seien die Aussichten einer Seeabrüstung nicht allzu günstig. Die U-Bootfrage wird auch vom „Daily Chronicle" unterstrichen, der deshalb die Washingtoner Anregung, die Konferenz in Anbetracht der offenkundigen Abneigung Frankreichs auf England, Amerika und Japan zu beschränken, ablehnt. Wenn Frankreich erklärt, das Blatt, den Bestand und den Bau seiner U-Boote nicht einschränke, könne auch eine Einschränkung des englischen Kreuzerbaues nicht in Frage kommen.

Japan braucht seine gegenwärtigen Streitkräfte.

Tokio, 14. Febr. Im Oberhause erklärte der Premierminister Wakatsuki in Beantwortung von Interpellationen, Japan hat seine gegenwärtigen Land- und Seestreitkräfte nötig, um seine Stellung und seine Rechte zu schützen. Wenn nicht ein entschiedener Wandel in der allgemeinen Weltlage eintrete, dann müsse Japan seine Land- und Seestreitkräfte in der gegenwärtigen Stärke beibehalten. (W. T. B.)

Die Gewerkschaftsdebatte im Unterhaus.

Die englisch-russischen Beziehungen.

London, 14. Februar. Im Unterhaus wurde an die Regierung eine ganze Reihe von Anfragen über die englisch-russischen Beziehungen gestellt. Baldwin erklärte, er sei durchaus bereit, Gelegenheit zu einer Debatte über dieses Thema zu geben, könne aber im Augenblick noch keinen Zeitpunkt nennen. Der Unterstaatssekretär des Aeußeren, Locker Lampson, erklärte, daß zwischen Rußland und dem Foreign Office über die chinesische Frage keine Mitteilungen ausgetauscht worden seien. Auf die Anregung, das Weißbuch mit Material über Verstöße der Sowjetbehörden gegen das englisch-russische Handelsabkommen zu veröffentlichen, erwiderte Locker Lampson: Die Reden von Sowjetführern und Artikel in der Sowjetpresse bringen genügend Beweismaterial für die feindselige Propaganda gegen England. Es sei nicht notwendig, weiteres Material zu veröffentlichen. Baldwin erwiderte auf eine Anfrage, es sei zu früh, eine Erklärung über die amerikanischen Vorschläge betreffend die Marinebrüstungskonferenz abzugeben. Die Regierung erwäge sie jedoch ernstlich.

Die Debatte spielte sich im Rahmen der mit Spannung erwarteten Aussprache über die beabsichtigte Aenderung des Gewerkschaftsgesetzes ab. Der Prinz von Wales und Prinz Georg waren anwesend. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Clynes, griff hierbei die Politik der Regierung heftig an. Der industrielle Friede könne nicht durch gesetzgebende Maßnahmen garantiert werden. Die Regierung habe durch ihre Politik die Arbeitgeber zur Lohnreduzierung ermutigt. Wenn man die Arbeiter am Streik hindern wolle, so müßten auch die Arbeitgeber von einer Aussperrung Abstand nehmen.

Sir John Simon (Liberal) führte aus: Wenn die Arbeiterpartei nach dem Generalstreik die Erklärung abgegeben hätte, daß sie nie wieder eine solche Waffe gebrauchen werde, dann würde viel gegen das Gesetz sprechen. Die Arbeiterpartei werde sich über diesen Punkt entscheiden müssen. Verschiedene ihrer Führer hätten erklärt, daß sie den Gedanken an einen Generalstreik nicht aufgeben. — Slesser (Arbeiterpartei) führte aus, die Wirkung dieses scheinbar unschuldigen Gesetzes würde sein, daß Streiks an denen eine genügend große Zahl Arbeiter teilnehme, überhaupt gesetzwidrig werden würden. Das bedeute die Einführung einer Versklavungsbestimmung in die Gesetzgebung.

Neue umfangreiche Konzessionspolitik der Sowjetunion.

London, 14. Februar. Der Vizepräsident des Konzessionskomitees in Moskau, Joffe, hat, wie dem „Observer" aus Moskau berichtet wird, einen neuen Plan für die Gewährung von Konzessionen an ausländische Kapitalisten entworfen, mit dessen Hilfe er den Zufluß ausländischen Kapitals nach Sowjetrußland zu fördern hofft. Es sind eine Reihe von Konzessionslisten entworfen worden, die verschiedenen Industrie- und Landwirtschaftszweigen gewährt werden können mit bestimmten Bedingungen, die die ausländischen Konzessionäre entweder annehmen oder ablehnen können. Bisher hat sich die Arbeit des Konzessionskomitees auf die Prüfung von Konzessionsvorschlägen beschränkt, die ausländische Kapitalisten unterbreitet haben. Joffe bestreitet die in der ausländischen Presse verbreitete Anschuldigung, wonach die sowjetrussische Politik eine gewinnbringende Aktivität ausländischen Kapitals unmöglich gemacht habe. Er versucht an Hand von Zahlen nachzuweisen, daß deutsche und schwedische Firmen gute Profite aus Konzessionsverträgen gezogen haben. Verluste bei gewissen Konzessionen seien auf Ursachen zurückzuführen, die außerhalb der Kontrolle der Sowjetregierung lagen, wie beispielsweise in unzureichender Finanzierung und ungünstigen Bedingungen auf dem Weltmarkt. Ueber den Ausgang der Verhandlungen, die zurzeit mit dem amerikanischen Harrimankonzern und mit deutschen Interessenten für große Waldkonzessionen schweben, äußerte sich Joffe optimistisch. Joffe erklärte weiter, daß die Sowjetregierung niemals beabsichtigt habe, ein bereits unterzeichnetes Konzessionsabkommen zu modifizieren.

Russische Schönfärberei.

Moskau, 14. Febr. Im Kreml wurde heute die dritte Tagung des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion vom Präsidenten der Usbekischen Republik, Muffabekow, eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache erklärte, daß die Volkswirtschaft der Sowjetunion auf allen Gebieten das Vorkriegsniveau erreicht habe. Die Aufmerksamkeit der Regierung wende sich vor allem der weiteren Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu, was aus dem in der gegenwärtigen Session vorgelegten Etat am besten hervorgehe.

Erdbeben in der Herzegowina.

Eine erschütternde Katastrophe.

Wien, 14. Febr. In der Herzegowina und im südlichen Serbien hat sich heute früh um 4,45 Uhr ein katastrophales Erdbeben ereignet. In Mostar sind die meisten Gebäude eingestürzt. Die große Tabakfabrik wurde in Trümmer gelegt. In Metkowitsch (Dalmatien) sind neben dem Stationsgebäude und dem Postamt viele Häuser zerstört. Die Dörfer des Amselfeldes sind Ruinen. Dort hat sich eine große Erdsenkung gebildet, wodurch viele Häuser von der Oberfläche vollkommen verschwunden. Bei Serajewo ereignete sich

ein riesiger Erdrutsch

Die abstürzenden Erdmassen verschütteten 10 Häuser, wobei 12 Personen ums Leben gekommen sind. Die Ausschläge bei den seismographischen Apparaten in Agram, Serajewo und Mostar waren so stark, daß die Apparate außer Betrieb gesetzt wurden. Binnen 20 Minuten wurden 19 aufeinanderfolgende Erdstöße verzeichnet. Die telephonische und telegraphische Verbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen, so daß Einzelheiten ausstehen. Die Zahl der Menschenopfer dürfte groß sein.

Auch in Ljubinje und in Opolje sind mehrere Häuser eingestürzt. Auch Menschenleben sind zu beklagen. Die Abgeordneten der Skupschtina erhielten Depeschen aus ihren Wahlbezirken in der Herzegowina, die den Umfang des Erdbebens als katastrophal erscheinen lassen.

Schneesturmkatastrophe in Japan.

Mehr als 100 Menschenopfer.

Tokio, 14. Februar. In der Gegend von Nigata wütete ein schwerer Schneesturm, durch den zahlreiche Häuser zerstört wurden. Dem Schneesturm sind im Bezirk Nigata 82 Menschenleben zum Opfer gefallen. 29 Personen werden vermißt und 113 Häuser wurden zerstört. Im Bezirk Toyama beträgt die Zahl der Toten 40 und die der Verwundeten 18. In diesem Bezirk wurden 78 Häuser zerstört.

Schweres Eisenbahnunglück bei Hull.

London, 14. Febr. In der Nähe von Hull sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. Acht Personen wurden getötet und 17 schwer verwundet.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Hull wird ergänzend berichtet, daß die ersten drei Wagen des einen Personenzuges besonders stark beschädigt worden sind. Auch die in der Nähe liegenden Häuser wurden durch den Anprall schwer erschüttert. An der Unglücksstelle spielten sich furchtbare Szenen ab.

Nebel im Hamburger Hafen.

Aus Hamburg wird gemeldet: Der Schiffsverkehr im Hamburger Hafen liegt infolge dichten Nebels seit Sonnabend abend vollkommen still. Die von Hamburg ausgelaufenen Schiffe mußten auf der Elbe vor Anker gehen. Der von Neuyork kommende Hapagdampfer mußte bei den Elbe-Feuerschiffen Anker werfen. Der Nebel hatte auch einige leichtere Schiffsunfälle zur Folge. (T. U.)

Das Reichsbanner und Dr. Marx.

„Scharfes Mißtrauen" gegen die Reichsregierung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Februar. Von führender parlamentarischer Seite gehen uns folgende, sehr beachtliche Ausführungen zu:

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Organisation, die im Reichstag einmal von dem Abgeordneten Dr. Bredt, dem Führer der Wirtschaftspartei, als die einzig wirklich militärisch aufgezogene Organisation in Deutschland bezeichnet worden ist, hat in Magdeburg getagt und dabei, wie es in den Meldungen der Linkspresse so schön heißt, „zur gegenwärtigen Reichsregierung Stellung genommen". Diese Stellungnahme wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der sich u.a. folgende Sätze finden:

„Das Reichsbanner steht dieser Reichsregierung, in der die Rechtsparteien die Mehrheit haben, in der sogar ein Herr v. Keudell sich befindet, mit großer Sorge und scharfem Mißtrauen gegenüber . . . Wir werden jede Handlung dieser Regierung, die der Republik abträglich sein könnte, mit Sachlichkeit und aller Schärfe bekämpfen."

Diese Aeußerungen verdienen einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden. Wer ist denn der Führer „dieser Reichsregierung, in der sogar ein Herr v. Keudell sich befindet?" Es ist doch kein anderer, als Herr Dr. Marx, der bis jetzt dem Reichsbanner noch als eingeschriebenes Mitglied angehört. Man kann nun von Herrn Dr. Marx doch wahrhaftig nicht behaupten wollen, daß er jemals Anlaß dazu gegeben hätte, seiner Regierungsführung „mit großer Sorge und scharfem Mißtrauen" gegenüberzustehen. Wenn die Leitung des Reichsbanners, die in den Händen des Oberpräsidenten und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hörsing ruht, es wagt, solche Sätze zu formulieren, so spricht sie damit eine schwere Beleidigung des Reichskanzlers Marx aus. Diese Beleidigung wird dadurch noch größer, daß sich das Reichsbanner anmaßt, das Ergebnis der Untersuchung der Angelegenheit v. Keudell einfach zu ignorieren. Diese Untersuchung ist doch von dem dem Reichsbanner angehörenden Dr. Marx geführt worden. Und zu einem so prominenten Mitglied müßte doch auch das Reichsbanner soviel Vertrauen haben, daß es nicht an seiner Objektivität zweifelt. Die Beleidigung, die das Reichsbanner dem Reichskanzler Dr. Marx mit dieser Entschließung zugefügt, wird auch dadurch nicht geringer, daß es erklärt, „jede Handlung dieser Regierung, die der Republik abträglich sein könnte", schärfstens bekämpfen zu wollen. Hat denn Dr. Marx schon einmal Anlaß zu der Annahme gegeben, daß er Handlungen begehen könne, die der Republik abträglich sein könnten. Jedenfalls scheint es so, als ob dem Reichsbanner an der Freundschaft mit dem Zentrum nicht mehr viel liegt, da es sonst wohl schwerlich gegen die gegenwärtige Regierung und damit vor allem doch gegen die Person ihres Führers eine solche Haltung eingenommen hätte.

Der polnische Regierungskonflikt beigelegt.

Warschau, 14. Februar. Der Konflikt zwischen Sejm und Regierung ist durch beiderseitiges Einlenken wieder beigelegt worden. Die Ankündigung der Pilsudski-Blätter, daß sich die Regierung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Bartel eins fühle, bestimmte die oppositionellen Klubs, von der Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen Dr. Bartel abzusehen. Anderseits ließ die Regierung wissen, daß sie sich mit der in der zweiten Lesung des Budgets vorgenommenen Aenderungen und Streichungen einverstanden erkläre und auf selbständige Anträge verzichte. Ohne wesentliche Aenderung gegenüber der Fassung der zweiten Lesung wurde das Budget mit den Stimmen der Mittelparteien, der Bauernparteien gegen die äußerste Rechte, Sozialdemokraten und Minderheiten angenommen. Damit hat der Landtag seine Budgettagung geschlossen.

In der Debatte erklärte der Vertreter der deutschen Fraktion, Abgeordneter Narau, über die jüngste große Rede Bartels in der heutigen Sejmsitzung, daß die Deutschen in Polen der in der Bartelschen Rede dargelegten Politik nicht zustimmen könnten. Vor allem würden sie das für ganz Polen einheitliche Verwaltungssystem nach Möglichkeit bekämpfen. Auch sei die deutsche Fraktion gegen die Militarisierung des Landes und besonders der Jugend. Als man zur Abstimmung über das Budget in dritter Lesung schritt, erschien plötzlich Pilsudski, der sonst nie an einer Plenarsitzung des Sejm teilgenommen hatte. Von seinem Platze aus beobachtete er die Abgeordneten, ob sie für oder gegen das Budget stimmten. Sogleich nach der Abstimmung verließ er das Sejmgebäude wieder. In Kreisen der Abgeordneten erblickt man in dem Verhalten Pilsudskis eine Drohung gegen die, die gegen das Budget gestimmt haben. Man rechnet mit Bestimmtheit damit, daß Pilsudski die ihm unbequemen Sejmbeschlüsse insofern umgehen will, als er von seinen berechtigten „außerordentlichen Vollmachten" Gebrauch macht. Für das Postministerium verbrauchte Summen will er nachträglich durch ein Sondergesetz bewilligen lassen. Mit der Regierungsneubildung, die in absehbarer Zeit zu erwarten ist, will Pilsudski vorläufig warten, da er jetzt beabsichtigt, zuerst eine feste Grundlage zu schaffen.

Der deutsch-oberschlesische Schulprotest in Genf

Genf, 14. Februar. Der ständige polnische Delegierte beim Völkerbund, Sokal, hat heute offiziell im Namen der polnischen Regierung dem Völkerbund einen Protest des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung übermittelt.

Die deutsch-tschechischen Wirtschaftsverhandlungen.

Prag, 14. Febr. Die deutsch-tschechischen Wirtschaftsverhandlungen schreiten günstig vorwärts. Die Klausel über die Meistbegünstigung beim Durchfuhrrecht wurde bereits besprochen. In der Schiffahrtsfrage wird ein tschecho-slowakischer Vorschlag ausgearbeitet. Bei den Bahntariffragen wird die Beseitigung der gegenseitigen Warendifferenzierung angestrebt. In der kommenden Woche wird über die Niederlassungsklausel und über den kleinen Grenzverkehr verhandelt werden. Bis auf einzelne Artikel, die keinen Zollschutz genießen, wird das Bewilligungssystem vollkommen fallen gelassen werden.

Die deutsche Abordnung reist Ende dieser Woche von Prag ab. Die Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin ist für den Beginn des kommenden Monats vorgesehen.

Frankreichs Weinbau zum Vertrag mit Deutschland

Paris, 14. Febr. Wie Havas aus Bordeaux berichtet, fand dort heute eine Kundgebung der Weinbauinteressenten der Gironde statt, an der etwa 5000 Vertreter der Weinbauverbände teilgenommen haben sollen. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, die gegen den Ausschluß französischer Weine vom deutsch-französischen Handelsprovisorium protestiert und sich gegen dessen Erneuerung bzw. Verlängerung ausspricht, falls die französischen Weine für die Einfuhr nach Deutschland nicht ähnliche Erleichterungen erhalten, wie die spanischen und die italienischen. (W. T. B.)

KAISER BORAX
Macht zarten, reinen Teint.
Heinrich Mack Nachf., Ulm a/D.